

# Posener Zeitung.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Montage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24 Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an. Inserate (1 1/2 Sgr. für die viergespaltene Zeile) sind an die Expedition zu richten.

## Amtliches.

Berlin, 23. Novbr. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Fürstlich hohenzollern-herdingen'schen Geheimen Rath Hermann von Siegling zu Gehringen die Kammerherrnwürde zu verleihen; den Superintendenten Neumann zu Gingsft, in der Provinz Pommern, zum Regierungs- und Schulrath; den seitberigen Seehandlungsdirektor Schmidtman in Berlin zum Seehandlungsath; an Stelle des verstorbenen Konsuls B. M. Barrié in Coruna den dortigen Kaufmann A. Zinke zum Konsul daselbst, so wie den Kaufmann José Eusebio Höchel in Bilbao zum Konsul daselbst; und den Kaufmann Volkmann in Barcelona zum Vice-Konsul daselbst zu ernennen; auch dem Hauptmann von Neumann im 2. Garde-Regiment zu Fuß die Erlaubniß zur Anlegung des von des Kaisers von Rußland Majestät ihm verliehenen St. Stanislaus-Ordens zweiter Klasse zu ertheilen.

Angekommen: Der General-Major und Kommandeur der 14. Infanterie-Brigade, von Roschull, von Danzig; der General-Postdirektor Schmöcker, aus der Provinz Sachsen.

Abgereist: St. Durchl. der Prinz Wilhelm zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, nach Kopenhagen.

## Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf die Seite 944 der diesjährigen Gesellsamung sub Nr. 4556 publizierte Allerhöchste Verordnung vom 11. d. M., durch welche die beiden Häuser des Landtags der Monarchie auf den 29. d. M. einberufen sind, mache ich hierdurch bekannt, daß die besondere Benachrichtigung über die Zeit und den Ort der Eröffnungssitzung in dem Bureau des Herrenhauses (Leipzigerstraße Nr. 3) und in dem Bureau des Hauses der Abgeordneten (Leipzigerstraße Nr. 55) am 27. und 28. d. M. in den Stunden von 8 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends und am 29. d. M. in den Morgenstunden offen liegen wird. In diesen Bureaus werden auch die Eintrittskarten der Eröffnungssitzung ausgegeben, wie auch sonst etwa noch erforderliche Mittheilungen in Bezug auf dieselbe gemacht werden.

Berlin, den 20. November 1856.

Der Minister des Innern. (gez.) v. Westphalen.

## Telegraphische Depeschen der Posener Zeitung.

Paris, Sonnabend, 22. November. Der heutige „Moniteur“ enthält eine telegraphische Depesche aus Konstantinopel vom 20. d., nach welcher das dortige Ministerium definitiv konstituiert ist. Ali Pascha ist zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Riza Pascha zum Kriegsminister, Mustapha Pascha zum Minister ohne Portefeuille ernannt worden. Fuad Pascha ist aus dem Ministerium ausgeschieden. — Das „Pays“ theilt mit, daß Antonini am 20. d. seine Pässe erhalten habe. — Gestern Abend wurde die Proz. auf dem Boulevard zu 68, 70 1/2 gehandelt.

Petersburg, Freitag, 21. November Abends. Dem Bruder des Kaisers, Großfürsten Nikolaus ist ein Sohn geboren worden, der den Namen Nikolaus erhalten hat.

Dem ersten Adjutanten des Sultans, Mahmud Pascha, ist der Weiße Adler-Orden verliehen worden. Die preussischen Generale von Brauchitsch, Schlemmüller, Rudolphi, Kleist, Schlichting, so wie der Ober-Cerimonienmeister, Freiherr von Stillfried, und der Ober-Jägermeister, Graf von der Assenburg, haben vom Kaiser von Rußland Dekorationen erhalten.

(Eingeg. 22. November, 6 Uhr Abends.)

Triest, 20. November. Laut Nachrichten aus Athen vom 14. d. Mts. sollten die verbündeten Truppen Griechenland nach der Rückkehr des Königs Otto verlassen. (D. G.)

R. Posen, 24. November. [Eine Entgegnung.] Als wir mitunter die Kühnheit hatten, eine von der „Neuen Preuß. Zeitg.“ abweichende Meinung in den Fragen der inneren oder äußeren Politik zu vertreten, waren wir vollkommen darauf gefaßt, bei nächster Gelegenheit mit einer jener Bittsen beworfen zu werden, durch welche dieses Blatt in der europäischen Journalistik ausgezeichnet ist. Unser letzter Leitartikel über die Polizei-Anwaltschaften sollte diese Gelegenheit darbieten, und in Form einer  $\Delta$  Korrespondenz aus Posen wird uns eine Denunziation wegen politischer Apostasie, wegen Radikalismus und lichtfreundlicher Gesinnung zu Theil (s. den Artikel mit den noch nöthigen Bemerkungen unter „Posen“). Wir begreifen in der That die Genügsamkeit nicht, mit der die „Neue Preuß. Zeitg.“ sich in dieser abgenutzten und unehrenwerthen Taktik gefällt. Hat sie denn kein Verständnis dafür, daß das konservative Bekenntniß einen breiteren Boden hat, als ihr Dogma, daß man das monarchische Prinzip und den Protestantismus verwerfen kann, ohne sie gerade so aufzufassen, wie es ihr beliebt? Hört man dadurch auf, konservativ zu sein, weil man gegen ein Ministerialreskript polemisiert, und hört man dadurch auf, eine starke auf Prinzipien

rubende Regierung zu wollen, weil man diese Regierung nicht von feudalen Institutionen geschwächt wissen will?

Was sollen demnach diese hinföhlen Hezereien, die wahrhaftig nicht dazu beitragen, die konservative Partei zu stärken oder sie zu vergrößern. Wir fühlen uns nicht veranlaßt, hier der „Neuen Preuß. Ztg.“ eine Beichte über unser politisches Glaubensbekenntniß abzulegen; dies sei ihr indessen gesagt, daß ihre Autorität in demselben nicht die Grundlage ist. Wir werden nach wie vor fortfahren, das konservative Prinzip, so wie wir es verstehen, zu vertreten, und wir verstehen es nicht so, daß es ein Nachtreten der „Neuen Preuß. Ztg.“ durch Dick und Dünn bedeute. Wir werden uns nicht scheuen, offen unsere Meinung auszusprechen, sollte sie auch mitunter das Unglück haben, das Mißfallen der „Neuen Preuß. Ztg.“ auf sich zu ziehen und deshalb als radikal und lichtfreundlich verketert zu werden.

Was jene Korrespondenz sonst noch an Kritik über uns enthält, würden wir hier keiner Entgegnung, haben auch überhaupt nicht die Absicht, uns in eine weitere Polemik mit jenem Blatte einzulassen, bei der man nur zu leicht in die Gefahr kommt, gegen die Regeln des journalistischen Anstandes zu verstoßen. Die „Neue Preuß. Ztg.“ hat daher volle Freiheit, uns mit ihren zuschauerlichen Glossen zu behren, und sie wird von dieser Freiheit wohl den gewohnten Gebrauch machen.

## Deutschland.

Preußen. (Berlin, 23. Novbr. [Vom Hofe; Geheimrath Fleck; Feuer im Opernhause.] Ihre Majestäten wohnten heute Vormittags dem Gottesdienste in der Schloßkapelle zu Charlottenburg bei. Nachmittags waren die Prinzen und Prinzessinnen um Ihre Majestäten versammelt und kehrten erst Abends zum Besuch des Theaters hieher zurück. Auch der Korvettenkapitän Prinz Wilhelm zu Hessen-Philippsthal befand sich heute am Hofe; derselbe will sich in einigen Tagen nach Schloß Barchfeld begeben, in etwa einer Woche jedoch schon wieder hieher zurückkehren. Die Kabinettsmitglieder hatten gestern eine längere Sitzung. Abends fuhr der Ministerpräsident noch zu des Königs Majestät nach Charlottenburg, wohin sich Allerhöchstderselbe um 7 Uhr von Potsdam begeben hatte. — Seitdem der Geheimrath Fleck mit der interimistischen Verwaltung des General-Auditorats beauftragt worden ist, hört man hier vielfach die Behauptung, daß derselbe als Mitglied des Abgeordnetenhauses sich einer Neuwahl unterwerfen müsse; diese Folgerung ist aber keineswegs richtig, weil der Geheimrath Fleck in seiner gegenwärtigen Stellung verbleibt, eine Rängeerhöhung zc. also nicht damit verbunden ist. Daß man in ihm den künftigen Generalauditeur erblickt, ist Thatsache; um aber eine Neuwahl nicht eintreten zu lassen, wird die Ernennung, wie es heißt, während der Dauer der Sitzungsperiode nicht erfolgen. Schon jetzt ist davon die Rede, daß inskünftige bei Besetzung der Garnison- und Divisionsauditeur-Stellen ein anderes Verfahren beobachtet werden soll. — Am Freitag Abend, bei der Aufführung des „Propheten“, wurden die Zuschauer durch einen brandigen Geruch und Rauch in große Aufregung versetzt. Während des ersten Aktes verhielt sich das Publikum ruhig und auch die Darstellung erlitt keinerlei Unterbrechung; im zweiten Akte jedoch, als eine Rauchwolke von der Bühne her in den Zuschauerraum drang, erhob sich das Publikum, wie ein Mann, von seinen Sitzen, um schleunigst das Haus zu verlassen, zumal im Parquet auch das Wort „Feuer“ gefallen war. In diesem Moment rief der Generalintendant der Versammlung aus seiner Loge zu, daß jede Gefahr vorüber, und als auch Hr. Schischke die Erklärung abgegeben hatte, daß das in der Garderobe entstandene Feuer bereits erloschen sei, kehrte die Ruhe zurück und die Oper konnte zu Ende gespielt werden. Wie ich gehört, ist das Feuer dadurch entstanden, daß das in dem Ankleidezimmer der Figurantinnen stehende, an einer Kette liegende Licht Kleidungsstücke zu nahe kam, welche die Damen abgelegt hatten. Das Feuer griff rasch um sich; die dort stationirte Feuerwehre scheute aber nicht Rauch noch Qualm, und ihr ist es zu verdanken, daß kein größeres Unglück geschah.

[Die neuen Pariser Konferenzen.] Die „B. B. Z.“ schreibt: Nach einer von unserem diplomatischen Vertreter in Wien hieher gelangten Benachrichtigung ist das Wiener Kabinet von seinem Widerspruch gegen den Wiederzusammentritt der Pariser Konferenz zurückgekommen. (Andere Blätter behaupten allerdings immer noch das direkte Gegenheil. D. R.) Da auch bekanntlich das Kabinet von St. James sich in jüngster Zeit in einem, der Konferenz günstigen Sinne erklärt hat, so wird dieselbe jedenfalls, und wie es heißt, Mitte nächsten Monats, in Paris eröffnet werden. Mit jener Benachrichtigung von Wien ist zugleich die fernere Meldung eingegangen, daß das dortige Kabinet auch sich damit vollkommen einverstanden erkläre, noch andere als die auf Erledigung des Traktates vom 30. Mai sich beziehenden Gegenstände in Paris zur Verhandlung und Entscheidung gebracht zu sehen. Zu diesen Gegenständen rechnet Oestreich namentlich und vor allen Dingen die Neuenburger Frage, und hat sich somit den bereits in dieser Beziehung vorhandenen Erklärungen Frankreichs und Rußlands vollständig angeschlossen. Nur England beharrt zur Zeit noch auf seinem Dissens in Betreff der zu Paris zu verhandelnden Gegenstände, wird jedoch nunmehr ohne Zweifel sich der Auffassung Oestreichs und der überwiegenden Mehrheit der Unterzeichner des Pariser Traktats anzuschließen nicht ferner verweigern können.

[Engl. Annahmen.] Die neulich ausgesprochene Vermuthung, daß an der Escherkesenfüße ein lebhafter Handel mit Kriegsbedürfnissen stattfinden werde, weil Rußland keine genügende Zahl Fahrzeuge zur Blockade derselben besitze, hat bereits durch einen Vorfall Bestätigung erhalten. Französische Blätter melden in einer Depesche,

daß eine englische Kanonierschaluppe ein russisches Fahrzeug bis Zenikale verfolgt habe, welches zwei türkische Schiffe aufbrachte, die Kontrabande nach der ischerkesischen Küste brachten, und hier mit Kanonenkugeln begreßt worden sei; weil es ins Asow'sche Meer habe einlaufen wollen. England maßt sich also das Schiedsrichteramt im schwarzen Meere an. (Der Vorfall soll bekanntlich durch eine Erklärung des russischen Gesandten ausgeglichen sein, s. die tel. Dep. Nr. 276. D. Red.) Mögen immerhin die Russen im Unrecht gewesen sein: Rechenhaft zu fordern, gebührt allein den Türken. Allerdings ist gegenwärtig das Einverständnis zwischen England und Frankreich hergestellt, aber soviel steht wohl fest, daß Frankreich ohne große Konzessionen nicht zur Duldung des englischen Treibens im Orient geneigt sein wird. Es kommt dem Kaiser Napoleon vor Allem erst darauf an, die Pforte von ihren Gassen in den Fürstenthümern und im Schwarzen Meere zu befreien. (Schl. B.)

[Fälschung von Wahlszetteln.] In Baden kam bei den letzten Verhandlungen der zweiten Kammer auch eine Beschwerde mehrerer Bürger von Gadingen zur Sprache, darin bestehend, daß ihre beim Urtheil Kenzigen eingereichte Beschwerde gegen die dort vorgenommene Wahlmännerwahl, wobei viele bedeutende Formfehler, ja sogar Fälschungen vorgekommen seien, als ungegründet verworfen worden sei, und daß die Kammer diese Beschwerde für begründet erachtet hat. Das Staatsministerium hatte die Beschwerde für ungültig erklärt, und wurde ein eigener Regierungskommissar abgesandt, um die Beschwerden zu untersuchen. Das Resultat war nun, daß die Kreisregierung die Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung des Vorstandes der Wahlkommission, Bürgermeisters Eduard Ganter, und der übrigen Mitglieder der Wahlkommission ertheilte, und daß hierauf vom Justizbeamten des Amtes Kenzigen eine gerichtliche Untersuchung wegen Wahlfälschung eingeleitet wurde. Dieser Tage hat nun das Karlsruher Hofgericht das Urtheil erlassen, durch welches Bürgermeister Ganter wegen Fälschung von Wahlszetteln unter Mißbrauch seines Amtes zur Dienstentsetzung als Bürgermeister, zu einer Kreisgefängnißstrafe von 8 Monaten, zum Verluste der staatsbürgerlichen Rechte auf die Dauer von 8 Jahren, und in sämtliche Kosten verurtheilt ist.

[Börsen-Eintrittskarten.] Vom 1. Januar k. J. ab wird, wie die „Spem. Ztg.“ mittheilt, der Zutritt zu den Börsenversammlungen in Berlin nur gegen Eintrittskarten gestattet, welche den Korporationsmitgliedern gratis verabfolgt, von allen Anderen mit 3 Thren. jährlich bezahlt werden. Fremde, deren bekanntlich Viele auf der hiesigen Börse regelmäßig Geschäfte machen, werden immer nur auf drei hintereinander folgende Tage von dem Börsensekretariat Eintrittskarten (gratis) erhalten können.

[Obertribunalentscheidung.] In der Praxis sind vielfach Zweifel darüber vorgekommen, wo ein gezogener Wechsel, auf welchem ein von der Wohnung des Bezogenen verschiedener, jedoch am Wohnorte desselben belegener Zahlungsort, etwa mit den Worten bei X., wohnhaft (Straße vermerkt ist, zur Zahlung präsentirt und insbesondere auch protestirt werden müsse. Von vorsichtigen Notaren ist deshalb in solchen Fällen die Präsentation und resp. Protesteinlegung bisher sowohl in der Wohnung des Bezogenen, wie an dem dritten, auf dem Wechsel angegebenen Orte bewirkt worden. Das hiesige L. Stadgericht hat in mehreren Entscheidungen angenommen, daß eine Protesteinlegung in der Wohnung des Bezogenen notwendig sei. Durch eine neuere Entscheidung des königlichen Obertribunals ist jetzt diese wichtige Frage in folgender Art entschieden worden. Dasselbe erkennt an, daß ein Wechsel der erwähnten Art nicht für einen Domizil-, sondern für einen Platz-Wechsel zu erachten ist. Es nimmt ferner an, daß die Frage, wo die Präsentation und Protestation erfolgen müsse, wenn dadurch die Regressansprüche des Wechselinhabers gewahrt werden sollen, nicht aus Artikel 91. der Wechselordnung zu entscheiden sei. Es legt aber einem solchen Vermerke die Bedeutung einer bei dem Wechselzuge gewollten näheren Bezeichnung desjenigen speziellen Ortes am Wohnorte des Trassanten bei, an welchem dieser sich habe betreffen lassen und die Zahlung leisten wollen. Hiernach ist angenommen, daß die Protestaufnahme richtig erfolgt ist, wenn der protestirende Notar an dem bestimmten Zahlungsorte nach dem Acceptanten und der Zahlung gefragt hat, und daselbst weder der Acceptant angetroffen, noch Zahlung geleistet ist.

Aachen, 22. Nov. [Die Besteuerung der Frachtbriefe.] Die hiesige Zeitung berichtet über die Sitzung der hiesigen Handelskammer vom 14. d. Mts. Es stand zur Berathung ein Reskript des Herrn Ministers für Handel zc., welchem zufolge in Aachen genommen ist, eine Besteuerung der Frachtstücke, resp. der ihre Stelle vertretenden Schriftstücke, etwa mit 3 Sgr. für das Stück, ohne Unterschied des Gegenstandes, einzuführen, von welcher nur die vom Auslande eingehenden, an einen im Auslande wohnenden Empfänger gerichteten Frachtbriefe freizulassen wären. Es sind inzwischen bei der Rheinischen Eisenbahn im verfloßenen Monate 20,765 Frachtbriefe, worunter 5599 vom Auslande, expedirt worden, was in runder Summe eine jährliche Verwendung von 250,000 Frachtbriefen und bei einer Steuer von 3 Sgr. eine Vertheuerung des Gütertransports um 25,000 Thlr. ergibt. Ein hiesiges Expeditionshaus verwendet jährlich ungefähr 20,000, eine hiesige Kolonial-Waarenhandlung über 2000 Frachtbriefe und würden dieselben demnach 2000 Thlr. und resp. 200 Thlr. an Stempelsteuer zu entrichten haben. Bei der an diese Data sich anschließenden Diskussion ist man damit einverstanden, daß die angeregte Steuer ebensowohl an sich, als auch durch die mit ihrer Erhebung verbundene Belästigung für den Verkehr ein Uebel sei, welches sich ganz besonders für den Kleinhandel in Kolonial- und Manufakturwaaren auf dem platten Lande bald fühlbar machen werde. Sollte aber gleichwohl an der Einführung einer solchen Taxe festgehalten werden, so ist man der Ansicht, daß dieselbe 1) auf alle Frachtbriefe, im Innern und von Ausland zu Ausland, mit Ausnahme jener vom Aus-



wie sie General Dufour vorgeschlagen, daß dieselben nämlich nach Schluß der Untersuchung gegen Ehrenwort aus dem Gefängnis entlassen werden, aber sich nicht aus dem Kanton entfernen sollten, hat der preussische Gesandte nach seinen Instruktionen entschieden zurückweisen müssen.

[Drohende Symptome.] Ein Stadtsergeant in bürgerlicher Tracht sah neulich Nachts in der Vorstadt St. Antoine drei Leute beschäftigt, Plakate anzuschlagen. Da er allein sie nicht festnehmen konnte, so folgte er ihnen in der Stille, bis eine Patrouille des Beges kam, mit deren Hilfe er sie sodann verhaftete.

[Die Lage.] Der Korrespondent der „Times“ schreibt: Die Symptome allgemeiner Unzufriedenheit, deren ich mehrmals Erwähnung that, haben, wie es scheint, den Behörden die Augen geöffnet, und diejenigen, welche die Frage näher angeht, bedachtigen manche wichtige Reform in ihren bezüglichen Departements.

[Der „Univers“ und die deutsche Sprache.] Der „Univers“, dessen System es ist, von Zeit zu Zeit etwas Pudelnarrisches zu sagen, um die Aufmerksamkeit des Publikums auf sich zu ziehen, hat neulich in einem drei Spalten langen Artikel die deutsche Sprache wie eine Pest darzustellen, gegen die Frankreich einen strengen Grenzordon errichten müsse.

Spanien.

Madrid. — [Eine Depesche] vom 19. Novbr. lautet: „Die Madrider Zeitung erklärt, daß die französische Botschaft zu Gunsten der französischen Bäckereien die Oktoberpreise reklamirt.“

Rußland und Polen.

Petersburg, 13. Novbr. [Leo Perowski †; die russische Dampfschiffahrts-gesellschaft.] Der Vizegouverneur ist am 11. gestorben. — Die russische Gesellschaft für Handel und Schifffahrt auf dem Schwarzen Meere hat sich definitiv konstituiert und in ihrer (ersten) am 12. Novbr. gehaltenen Sitzung zu Direktoren gewählt die Herren: Nobostelski, (der die Seele des Ganzen ist), Gasparini, Jibimirovski und General Melnikow.

[Fürst Woronoff †.] Die zweite Ausgabe der „Times“ vom 20. Novbr. meldet: Wir haben eine telegraphische Depesche unseres Berichterstatters aus Oussa erhalten, welcher zufolge Fürst Woronoff am 18. November um 4 Uhr Nachmittags in jener Stadt gestorben ist.

ski Warschau, 21. Novbr. [Neue Verordnung; Signora Ristori; Warschauer Expeditionshandel; Getreidepreise; Börse; Witterung.] Der Verwaltungsrath des Königreichs Polen hat jetzt eine vom 16. (28.) Oktober datirte Verordnung nachstehenden Inhalts publizirt: Art. I. Die Bestimmung des Artikels V. in der Allerhöchsten Verordnung vom 25. April (7. Mai) 1850, wonach die Seitens der Gerichte an die widerrechtlich im Auslande Verweilenden gerichteten Ladungen zur Rückkehr in der „Gazeta Rzadowa Królestwa“ (Regierungszeitung des Königreichs) und fünf periodischen Zeitschriften des Kaiserreichs veröffentlicht werden sollen, unterliegt insofern einer Veränderung, als dergleichen Ladungen künftig einzig und allein

in die „Gazeta Rzadowa Królestwa“ dreimal mit je dreiwöchentlichen Zwischenräumen, ohne weitere Bekanntmachung durch die periodischen Zeitschriften des Kaiserreichs, einzurücken sind. Frühere Ladungen, soweit sie in den oben benannten Blättern noch nicht dreimal veröffentlicht worden, sollen von Neuem durch die „Gazeta Rzadowa Królestwa“ bekannt gemacht werden. Art. II. Die Frist zur Rückkehr der im Auslande Verweilenden und zur Darlegung der Gründe, weshalb sie nicht auf die erste Aufforderung der im Artikel VI. derselben Verordnung bezeichneten Behörde zurückgekehrt sind, soll vom Tage der dritten Insertion in die „Gazeta Rzadowa Królestwa“ zu laufen beginnen.

Das Jahr 1851, welches die Aufhebung der Zollgrenze zwischen Polen und Rußland mit sich brachte, bildet hierin einen wichtigen Abschnitt. Der Bezug und die Versendung von Waaren beschränkte sich bis dahin lediglich auf den Bedarf und die Produktion im Lande. Seitdem aber die Zollschranken fielen, entstand hier ein, im unaußerordentlichen Wachsthum begriffener Expeditionshandel.

Dänemark.

Kopenhagen, 18. Novbr. [Die skandinavische Einheit.] Angeachtet der Tod Larzens (s. Nr. 276) auf alle liberalen Kreise, insbesondere auf die Lehrer und Jünger unserer Universität, einen tieferschütternden Eindruck hervorgebracht hat, so könnte doch die auf gestern anberaumte akademische Demonstration, zu der die Anwesenheit des Studenten-Gesangsvereins aus Lund die Veranlassung gab, nicht unterbleiben.

Türkei.

Konstantinopel, 14. Novbr. [Telegr. Dep.] Nachrichten vom 13. d. M. zufolge hatte Herr v. Butenief vor Kurzem von der Pforte die Entsendung der noch im Bosporus befindlichen englischen Kriegsschiffe verlangt. Die Veruche, den englisch-persischen Zwist durch Unterhandlungen zwischen Feruk Khan und Lord Redcliffe zu schlichten, waren gescheitert. — Eine englische Fregatte war in Konstantinopel angekommen, und noch andere Kriegsschiffe wurden dasselbst erwartet. — In

Rhodus waren durch Auflegen eines Pulverthurmes viele Menschen ums Leben gekommen.

Asien.

Persien. — [England und Frankreich in Persien.] Die Londoner „Morning Post“, ein Organ Palmerstons, hat bekanntlich der französischen Regierung verschiedene Vorwürfe wegen ihres der Allianz mit England wenig entsprechenden Auftretens in Persien gemacht, und namentlich verlangt, daß der persische Gesandte, Feruk Khan, der sich auf dem Wege nach Paris befindet, wegen der Differenzen zwischen dem allirten Großbritannien und Persien vom französischen Hofe nicht empfangen werde.

Afrika.

Alexandria, 5. Novbr. [Der Transit Handel durch Meghabeten] hat bereits eine Ausdehnung erreicht, die man zu einer gewissen Zeit für höchst unwahrscheinlich gehalten hätte. Mit der letzten Post, die hinter dem Durchschnitt zurückblieb, wurden 4150 Pakete und 2054 Kisten, zusammen mit ungefähr 557,000 Pfd. St. in Speise verpackt, und wenn man bedenkt, daß die schweren Kisten bisher immer noch auf Kamelen durch die Wüste getragen werden müssen, so wird man sich nicht wundern, daß die Dampfer jedesmal so lange, als es ihnen ihr Kontrakt nur gestattet, zu warten haben.

Polales und Provinzielles.

Posen, 24. Novbr. [Ueber unsere Zeitung.] Ueber unsere Zeitung (s. d. Posen v. 20. Novbr. von wohlbekannter Hand die Neue Preuss. Ztg. Folgendes berichten: „Posen, 20. Novbr. [Zur Presse.] Bei die Posener (Deutsche) Zeitung, welche bekanntlich im Jahre 1855 längere Zeit hindurch eine Richtung inne hielt, die den Anforderungen einer konservativen Politik Genüge leistete, seit dem vor etwa Jahresfrist eingetretenen Redaktionswechsel aufmerksam beobachtet hat,“ dem könnte schon lange nicht mehr zweifelhaft sein, daß sich ein Rückzug aus jener Anschauung vorbereitet, von dem man nur noch ungewiß war, bis wie weit er genommen werden sollte.

Da wir wissen, daß unsre Zeitung namentlich in unsrer Provinz bei weitem mehr als die „N. P. Z.“ gelesen wird, so meinen wir der letzteren einen Dienst zu erweisen, wenn wir zur weitem Verbreitung dieser „Insinuation“ — andre Blätter bezeichnen den Artikel sogar als „Demagogie“ — beitragen, die übrigens an betreffender Stelle ihre vollkommene verdiente und geeignete Würdigung gefunden hat. Wie wir unsre Zeitung bisher geteilt, darüber steht unsern aufmerksamen Lesern das Urtheil zu; der äußere Erfolg spricht für uns. Was die „N. P. Z.“ (und ihr hiesiger Berichterstatter) darüber denkt, steht eben bei ihr: chacun à son goût. Auch wir verbindlich uns ja das Recht, über die „N. P. Z.“ eine Meinung zu haben und sind unbedungen genug, auch Anderen abweichende Meinungen zu gestatten, wenn sie wirkliche Uebersetzungen sind. Was unsrer Zeitung noch mangelt, wissen wir am Besten, und haben bisher weder für nöthig gehalten, noch Beklagen darüber





